

# Performative Formen

„Ohne das Kernkraftwerk Wyhl werden zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen“<sup>1</sup>, erklärte Ministerpräsident Hans Filbinger am 27. Februar 1975 im Landtag von Baden-Württemberg und verdeutlichte damit die Ambitionen und den Fortschrittsoptimismus der Landesregierung bezüglich der Nuklearenergie. Einige Tage zuvor hatte jedoch die einheimische Landbevölkerung im Schulterschluss mit akademischen Kreisen aus Freiburg den Bauplatz des Großprojektes besetzt und durch neuartige Partizipations- und Protestformen, wie zum Beispiel die Gründung von Bürgerinitiativen, kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und die Praktizierung von zivilem Ungehorsam, ihren fundamentalen Dissens zum Kernkraftwerk artikuliert. Letztlich führte

die Entschlossenheit dieser breiten Protestbewegung am Oberrhein nicht nur zum Abbruch des kompletten Bauvorhabens, sondern die kleine Gemeinde am Kaiserstuhl entwickelte sich ferner zu einem Symbolort für Gewaltfreiheit und für die Wirksamkeit außerparlamentarischer politischer Einflussnahme. Viele weitere Strömungen der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen orientierten sich in der Folgezeit an den dort praktizierten Beteiligungs- und Protestformen und sorgten damit für einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft und einen demokratischen Vitalisierungsschub der Bundesrepublik Deutschland, weil Protest eine „Normalisierung“ als eine legitime Form der politischen Partizipation erfuhr.<sup>2</sup>

Erfahrungswerte und Inspiration für die erfolgreiche Platzbesetzung in Wyhl sammelte ein Großteil der Aktivist:innen bereits im Jahr 1974 im französischen Marckolsheim. In der Gemeinde am Fuße des Kaiserstuhls plante die deutsche Firma CWM (Chemische Werke München) eine luftverschmutzende und umweltbelastende Bleifabrik zu bauen, in der jährlich ca. 800 Tonnen toxisches Bleioxid produziert werden sollten. Die lokale Bevölkerung fürchtete irreversible und nachhaltige Umweltschädigungen in der Region durch das Chemiewerk sowie durch eine Reihe von Kernkraftwerken, denn nur einen Kilometer westlich der Grenze zu Deutschland hatte 1971 bereits der Bau des AKW Fessenheim begonnen, und auch in der Gemeinde Kaiseraugst in der benachbarten schweizerischen Grenzregion sollte ein solches Großprojekt realisiert werden. Außerdem sorgten sich die Bürger:innen darum, dass die zunehmende Industrialisierung das Klima derart verändern könnte, dass Landwirt:innen und Winzer:innen ihrer Existenz beraubt würden und notgedrungen als billige Arbeitskräfte selbst in die Industrie wechseln müssten.<sup>3</sup>

des

Protests



**01 – „Bedrohung der Landwirtschaft durch das KKW W y h l“ (1976).**

Vor diesem Hintergrund entstanden auf beiden Rheinseiten insgesamt 21 Bürgerinitiativen, die sich am 25. August 1974 zum Internationalen Komitee der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zusammenschlossen und unter dem alemannischen Motto „Nai hämmer gsait!“ grenzüberschreitend agitierten. In Anbetracht der sogenannten „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich sowie der schweren Traumata und Wunden infolge des Ersten und Zweiten Weltkriegs war dieser transnationale Schulterschluss ein bemerkenswerter und beispielloser Akt, der sich in der ländlichen Region beiderseits des Rheins abspielte.<sup>4</sup> Etwa eine Woche nach der Gründung veröffentlichte die Föderation der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen die „Grüne Erklärung“ – ein zweisprachiges kleines Plakat (DIN A3), auf dem die Botschaft der Protestbewegung grün auf weiß abgedruckt wurde und von dem ca. 30.000 Exemplare Verbreitung

fanden.<sup>5</sup> Diese Erklärung, die später an einigen Protest-Brennpunkten, wie bei der Bauplatzbesetzung des Kernkraftwerkes in Brokdorf (Schleswig-Holstein), in angepasster Form übernommen wurde, kündigte bereits die zukünftigen Schritte der 21 Bürgerinitiativen an, sollte es nicht zum Stopp der geplanten Großprojekte kommen:

**„[W]eil wir nicht dulden, daß unser Recht derart mißachtet wird. Deshalb haben wir beschlossen, die vorgesehenen Bauplätze für das Atomkraftwerk W y h l und das Bleiwerk in Marckolsheim gemeinsam zu besetzen, sobald dort mit dem Bau begonnen wird. Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven Widerstand entgegenzusetzen, bis die Regierungen zur Vernunft kommen.“<sup>6</sup>**

Als wenige Wochen später tatsächlich bauvorbereitende Schritte in Marckolsheim unternommen wurden, besetzten Umweltschützer:innen am 20. September 1974 den Bauplatz und errichteten dort – um dem Ernst ihrer Sache Nachdruck zu verleihen – ein kleines Rundhaus, das sogenannte „Freundschaftshaus“. Durch diese unkonventionelle Protestform gingen die Besetzer:innen ein großes persönliches Risiko ein, hätten doch die Schadensersatzforderungen der Betriebsgesellschaft aufgrund der Behinderung des Kernkraftwerkbaus die eigenen Existenzgrundlagen vor allem der Landwirt:innen und Winzer:innen bedrohen können.<sup>7</sup> Jedoch hatte „der Widerstand von unten“ gegen „die staatliche Bevormundung von oben“ Erfolg: Die französische Regierung untersagte der deutschen Firma CWM am 25. Februar 1975 offiziell den Bau der Bleifabrik. In der Retrospektive blieb die illegale Bauplatzbesetzung in der elsässischen Gemeinde zwar im Schatten des Konflikts um die Errichtung eines Kernkraftwerks im benachbarten Wyhl, allerdings hatten sowohl die Öffentlichkeitsarbeit und die Mobilisierung der lokalen Bevölkerung als auch die konkreten Protestformen einen unverkennbaren Vorbildcharakter dafür.

### **■ Bürgerinitiativen, Öffentlichkeitsarbeit und ziviler Ungehorsam**

Am 19. Juli 1973 erfuhr die Öffentlichkeit, dass am Standort Wyhl ein neues Kernkraftwerk errichtet werden sollte. Ursprünglich sollte dieses in der Stadt Breisach entstehen, jedoch konnte dort der erbitterte Protest von lokalen Winzer:innen das Bauvorhaben bereits im Jahr 1972 verhindern. Während sich anschließend auch am alternativen Bauplatz knapp 20 Kilometer weiter nördlich schrittweise Widerstand formierte, konnten die Aktivist:innen zudem am Beispiel Marckolsheim selbstwirksam erfahren, dass außerparlamentarische politische Einflussnahme nicht nur realisierbar, sondern sogar erfolgreich sein kann. Die in Wyhl praktizierten Partizipations- und Protestformen waren somit stilbildend für viele weitere Strömungen der Neuen Sozialen Bewegungen in den 1970er und 1980er Jahren.<sup>8</sup>

Die Herzkammer des Protests bildeten die vielen Bürgerinitiativen, die in der Bundesrepublik Deutschland als zivilgesellschaftliche

Beteiligungsform damals noch ein relatives Novum darstellten. Für das sich im Sommer 1974 etablierende Internationale Komitee der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen waren vor allem zwei Eigenschaften charakteristisch: Erstens bekannte es sich im Stile der Ikonen des zivilen Ungehorsams, Mahatma Gandhi und Martin Luther King Jr., zum Gewaltverzicht und forderte für alle beteiligten Gruppen eine Grundsatzerklärung zur Friedfertigkeit. Laut dem Komitee hätten die Bereitschaft und der Einsatz von Gewalt bedeutet, dass sich die Gegenseite zu noch drastischeren Reaktionen legitimiert fühlen könnte. Zweitens proklamierte die Föderation der Bürgerinitiativen den Grundsatz der Überparteilichkeit, wonach sich die einzelnen Aktivist:innen zwar in einer Partei oder in einer freien Liste politisch engagieren konnten, die Bürgerinitiativen zur stärkeren Bindekraft der Protestbewegung jedoch politisch neutral bleiben sollten.<sup>9</sup>

**Ein weiteres Charakteristikum der neu entstandenen Bürgerinitiativen war es, die Öffentlichkeit durch Informationsveranstaltungen über defizitär kommunizierte Gesichtspunkte der staatlichen Politik – in diesem Fall die Schwachstellen und Folgen der Nukleartechnik – aufzuklären. Dazu konfrontierten die Neuen Sozialen Bewegungen die etablierten Expert:innen mit fach- und sachkundigen Gegenexpert:innen, welche das traditionelle Interpretationsmonopol des Staates und die daraus resultierenden Narrative oftmals radikal infrage stellten. Insbesondere in der Thematik „Kernenergie“ entstanden in einigen Bürgerinitiativen professionelle „epistemische Gemeinschaften zur Risiko- und Technikfolgenabschätzung“<sup>10</sup>, die Informationsveranstaltungen für die interessierte Bevölkerung ausrichteten und somit auch eine einflussreiche „Gegenöffentlichkeit“ schufen. Von zentraler Bedeutung waren ebenso die öffentlichen Druckerzeugnisse, welche die Bürgerinitiativen verbreiteten: Broschüren informierten über die Gefahren der Nuklearenergie, Flugschriften riefen zu Spenden für die Bewegung auf und Rundbriefe kündigten die nächsten Demonstrationen an. Die Druckerzeugnisse dienten nicht nur der Sichtbarmachung, sondern ebenso der Stabilisierung des Protestmilieus und seiner Sympathisant:innen und Unterstützer:innen.**

Besonders stilbildend für die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre waren jedoch die konkreten Protestformen, welche die Aktivist:innen am Kaiserstuhl praktizierten. Dabei sollte die illegale Bauplatzbesetzung lediglich eine Ultima Ratio darstellen, wenn sämtliche legalen Einspruchsmittel wie zum Beispiel Diskussionen mit Politiker:innen, Gutachten von Expert:innen oder das Sammeln von ca. 100.000 Unterschriften keinen Erfolg erzielen würden. Als jedoch die Bauarbeiten am Standort am 18. Februar 1975 tatsächlich begannen, rief dies die Bürgerinitiativen auf den Plan und die Okkupation sollte nicht länger theoretischer Natur bleiben. Zur Einschüchterung der Anti-AKW-Bewegung verteilte die Betriebsgesellschaft, die Kraftwerk Süd GmbH, zwar noch ein Flugblatt, in dem sie auf die Konsequenzen einer Bauplatzbesetzung – z.B. Strafen wegen Nötigung, Sachbeschädigung und Landfriedensbruch – verwies, jedoch brachte dies die Anti-AKW-Bewegung nicht von ihrem Vorhaben ab.<sup>11</sup> Etwa 100 Aktivist:innen hatten bereits die Nacht zuvor auf dem Bauplatz verbracht und erhielten frühmorgens Unterstützung von rund 100 weiteren Kaiserstühler Bürger:innen, nachdem das Glockenläuten der Kirchen aus den benachbarten Gemeinden auf die bevorstehende Räumung des Bauplatzes aufmerksam gemacht hatte. Samt ihrer Kinder blockierten die Demonstrierenden anschließend Baumaschinen und erklimmen weitere Fahrzeuge, sodass sie die Bauarbeiten komplett zum Stillstand brachten. Somit versinnbildlichte diese Protestaktion einen neuen Politikstil der aktiven Einmischung und Partizipation von Bürger:innen, „der konträr zur obrigkeitstaatlichen und strikt repräsentativen Politikausrichtung der 1950er und 1960er Jahre stand“.<sup>12</sup> Für die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre sollte es ein zentrales Charakteristikum werden, Protestaktionen im Stile des zivilen Ungehorsams zu praktizieren, die sich laut Philosophen wie Jürgen Habermas „in der Schwebelage zwischen Legitimität und Legalität befinde[n]“.<sup>13</sup>

**An der Bauplatzbesetzung von Wyhl war allerdings nicht nur bemerkenswert, dass Personen aus allen erdenklichen Alters- und Bildungsschichten teilnahmen, sondern ebenso, dass ein Großteil der Demonstrierenden in eleganter Kleidung erschien. Einige Bürgerinitiativen hatten vorab kommuniziert,**

**dass sich alle Protestierenden anständig kleiden sollten, damit nicht allzu viele „Gammler“ kämen, welche die Gegenseite provozieren könnten.<sup>14</sup> Des Weiteren beschrieb Balthasar Ehret, ein Fischer und Gastwirt aus dem Dorf Weisweil, der zu einer treibenden Kraft im Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken am Oberrhein avancierte, die Strategie der Anti-AKW-Bewegung folgendermaßen:**

„Der Gandhi hat ohne einen Schuss die Engländer vertrieben, machen wir doch so etwas Ähnliches. Für uns muss gelten: Überparteilichkeit, Gewaltfreiheit, passiver Widerstand, keine Gewalt gegen Personen, das muss der Grundsatz sein, und wenn sie dich verdreschen oder dir etwas abnehmen – keiner wehrt sich. Wir stellen uns hin, und wenn sie mit den Panzern kommen oder mit den Wasserwerfern oder Maschinen, stehen wir vorne dran. Die werden sich hüten, einem etwas anzutun.“<sup>15</sup>

Obwohl die Protestierenden strikt die erklärte Losung „keine Gewalt“ befolgten, verlief die Besetzung doch nicht so friedlich wie erhofft: Am 20. Februar 1975 ließ die Landesregierung den Platz durch die Polizei räumen, wobei es unter Einsatz von Wasserwerfern zu einigen brutalen Szenen und zur Festnahme von 54 Besetzer:innen kam. Zudem wurde das Bauareal anschließend abgeriegelt.

Diese drastischen staatlichen Reaktionen – beispielsweise schreibt der Aktivist Balthasar Ehret, dass ihn die Polizisten zunächst in den Schwitzkasten nahmen und ihn anschließend

**02 – Flugblatt: „Lehrstück Wyhl. Es spricht Balthasar Ehret“ (nach 1975)**

# Lehr- Stück Wühl

Solidaritäts -und  
Informationsveranstaltung

es spricht:

## Balthasar Ehret

mit Dias

Freitag 18.4. 19 h Audimax! dkp-  
hochschulgruppe

über einhundert Meter durch den Dreck bis zu einem Gefangenentransporter schleiften<sup>16</sup> – schreckte die Anti-AKW-Bewegung jedoch nicht ab: Am folgenden Sonntag, dem 23. Februar 1975, rief sie zu einer Kundgebung auf, an der sich ca. 30.000 Bürger:innen beteiligten. Während dieser Großveranstaltung verschafften sich Aktivist:innen Zutritt zum abgesperrten Bauplatz und rollten Baumstämme vor und hinter die Baumaschinen, sodass diese zum Teil komplett blockiert waren. An einigen Fahrzeugen zerstachen sie sogar die Reifen. Daraufhin eskalierte die Situation und es kam zur brutalen Konfrontation zwischen Steinewerfenden Demonstrierenden und Polizisten, die sich nicht davor scheuten, vom Schlagstock Gebrauch zu machen. Kurze Zeit später flog ein Hubschrauber an, der die Lage aus der Luft beobachten sollte, weshalb einige Bauern aus Furcht Schüsse aus Schreckschusspistolen abfeuerten. Folglich war die Sorge groß, dass die Polizei die Schreckschüsse mit scharfer Munition erwidern könnte. Stattdessen ließ der Einsatzleiter aber die Hundertschaften abziehen, sodass rund 2.000 Anti-AKW-Aktivist:innen den Bauplatz erneut besetzen konnten.<sup>17</sup> Die baden-württembergische Landesregierung bewertete die Okkupation des Bauareals als „ein Werk linksextremistischer Gruppierungen, welche die Bevölkerung vor Ort für ihre Zwecke instrumentalisiert hatte.“<sup>18</sup> Ministerpräsident Filbinger brachte die Protestaktionen sogar in Verbindung mit der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz durch die Terrororganisation „Bewegung 2. Juni“ am 27. Februar 1975, woraufhin die Bürgerinitiativen in aller Deutlichkeit klarstellten, dass sie keine Revolution anstrebten, sondern ihr Anliegen ausschließlich der Umweltschutz und die Gegnerschaft zum Kernkraftwerk sei.

**In den Nächten nach der erneuten Besetzung fanden sich stets ca. 150 Personen ein, die auf dem Bauplatz Wachdienst leisteten. Da sie sich nun auf eine längerfristige Okkupation einstellten, installierten die Aktivist:innen einen Brunnen, stellten eine Blechtoilette auf und zimmerten eine Küche. Zudem errichteten sie nach dem Marckolsheimer Vorbild selbst ein „Freundschaftshaus“ – einen hölzernen Rundbau von ca. 25 m Durchmesser, der im Zentrum eine große Feuerstelle aufwies und Platz für rund 600 Personen bot. In der Folgezeit fanden darin nicht nur Diskussionsveranstaltungen und Vor-**

**träge von Expert:innen der „Volkshochschule Wyhler Wald“ statt, sondern ebenso kulturelle Events wie etwa Pop- und Rockkonzerte. Das „Freundschaftshaus“ entwickelte sich somit zur zentralen Anlauf- und Kontaktstelle für die Anti-AKW-Aktivist:innen und ferner zu einem Ort, der trotz – eventuell sogar aufgrund – seiner Unkonventionalität „ein integrierendes Forum des Widerstands“<sup>19</sup> für die Bewegung darstellte.**

Von dort aus bereiteten die Bürgerinitiativen ihre Großveranstaltungen vor, wie zum Beispiel eine von 4.000 Personen besuchte Feier zur einmonatigen Platzbesetzung oder ein Ostertreffen, zu dem sich über 5.000 Demonstrierende einfanden. Nach einigen Wochen reduzierte sich das Engagement zwar substantiell, jedoch bestand die Okkupation – nachdem eine Klage etlicher badischer Gemeinden gegen das Kernkraftwerk im Oktober 1975 vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim abgewiesen wurde – bis zum November 1975 und dem Beginn von Verhandlungen zwischen Besetzer:innen und der Landesregierung fort. Erst 25 Jahre später kam ans Licht, dass eine zweite Bauplatzräumung lediglich an der Befehlsverweigerung eines leitenden Polizeibeamten scheiterte, der anschließend strafversetzt wurde und dessen Karriere bei der Polizei damit vorbei war.<sup>20</sup> Die Gespräche mit der Landesregierung resultierten schließlich in einen einstweiligen Baustopp, der Einstellung sämtlicher juristischer Verfahren und der Erstellung neuer Gutachten. Daraufhin erklärte das Verwaltungsgericht in Freiburg im März 1977, dass der Kernkraftwerksbau aufgrund eines fehlenden Berstschutzes unzulässig sei. Zwar befand der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof in nächster Instanz fünf Jahre später den Baubeginn für rechtens, jedoch versammelten sich daraufhin erneut rund 30.000 Demonstrierende, die zudem die breite Öffentlichkeit in ihrem Protest gegen das AKW auf ihrer Seite wussten, da inzwischen der allgemeine Fortschrittsoptimismus und die Technik euphorie an ihre Grenzen gestoßen waren. Als Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) aufgrund von niedrigen Zuwachsraten beim Stromverbrauch sowie von Stromimporten aus Frankreich Ende 1983 die Notwendigkeit des Kernkraftwerkes mit den Worten „Der Zeitdruck für Wyhl ist weg“ stark relativierte, war das Ende des Großprojektes besiegelt.<sup>21</sup>

**Symbolort für Gewaltfreiheit und Neue Soziale Bewegungen**

„Wyhl“ steht bis heute nicht nur für den erfolgreichen Widerstand gegen den Bau eines Kernkraftwerks am Kaiserstuhl. Die kleine badische Gemeinde entwickelte sich ferner zu einem Symbol für die Praktizierung von zivilem Ungehorsam als neuartige Partizipations- und Protestform.

Die Anti-AKW-Aktivist:innen widersetzten sich dabei den als antidemokratisch empfundenen „Top-Down-Politikprozessen“ und forderten

stattdessen basisdemokratische „Bottom-Up-Einwirkungsoptionen“. Neuartige Protestformen wie Besetzungen und Blockaden sowie das Credo der Gewaltlosigkeit hatten Vorbildcharakter für weitere Protestbrennpunkte der Neuen Sozialen Bewegungen wie etwa im schwäbischen Mutlangen, wo die Friedensbewegung jahrelang Sitzblockaden vor einem US-Raketendepot veranstaltete. Dadurch fand Protest als legitime Beteiligungsform sukzessiv Einzug in das Wertesystem der Bundesrepublik und sorgte für eine Re-Interpretation des Leitbildes der bundesdeutschen Demokratie.

Theodor Ebert

Wolfgang Sternstein

Roland Vogt

# Ökologiebewegung und ziviler Widerstand

Wyhler Erfahrungen



03 – Ebert, Theodor u.a.: „Ökologiebewegung und ziviler Widerstand“. Wyhler Erfahrungen (1978)

# Anmerkungen

1  
Laufs, Paul: Reaktorsicherheit für Leistungskernkraftwerke, Bd. 1: Die Entwicklung im politischen und technischen Umfeld der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Springer 2018, S. 102.

2  
Gassert, Philipp: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart: Kohlhammer 2018, S. 25.

3  
Pohl, Natalie: Atomprotest am Oberrhein – Die Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken in Baden und im Elsass (1970–1985), Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2019, S. 94f.

4  
Mayer Axel: 2022/1974 Bauplatzbesetzung Marckolsheim – Von den frühen Kämpfen und dem Beginn der Klimaschutzbewegung, <https://www.mitwelt.org/europawahl-bauplatzbesetzung-marckolsheim.html>, Zugriff: 01.09.2022.

5  
Die deutsche und die französische Version dieses Plakats sind auf der vorderen und der hinteren Innenseite des Umschlags abgebildet.

6  
Mossmann, Walter: Realistisch sein – Das Unmögliche verlangen. Wahrheitsgetreu verfälschte Erinnerungen, Berlin: edition der Freitag 2009, S. 197.

7  
Eith, Ulrich: „Nai hämmer gsait!“ – stilsbildender ziviler Widerstand in Wyhl am Kaiserstuhl, in: Weber, Reinhold (Hg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Stuttgart: Theiss 2013, S. 40.

8  
Mayer: Bauplatzbesetzung Marckolsheim

9  
Pohl: Atomprotest am Oberrhein, S. 220f.

10  
Greiner, Bernd: Angst als Emotion und Instrument – Beobachtungen zu einem nervösen Zeitalter, in: Doering-Manteuffel, Anselm u.a. (Hg.): Der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1985, Tübingen: Mohr Siebeck 2015, S. 78.

11  
Pohl: Atomprotest am Oberrhein, S. 102f.

12  
Eith, Ulrich: Von Wyhl bis Karlsruhe – Bürgerproteste, Neue Soziale Bewegungen und die Gründung der Grünen, in: Gassert, Philipp u.a. (Hg.): Filbinger, Wyhl und die RAF. Die siebziger Jahre in Baden-Württemberg, Stuttgart: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg 2015 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg; 42), S. 113.

13  
Habermas, Jürgen: Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik, in: Braune, Andreas (Hg.): Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Occupy, Ditzingen: Reclam 2017, S. 222.

14  
Ehret, Balthasar / Schneider, Marion (Hg.): Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch nicht anderswo. Wie wir den politischen Widerstand organisierten, Berlin: Metropol 2018, S. 104.

15  
Ebd., S. 47.

16  
Ebd., S. 114.

17  
Ebd., S. 125f.

18  
Pohl: Atomprotest am Oberrhein, S. 106.

19  
Eith: „Nai hämmer gsait!“, S. 41.

20  
Pohl: Atomprotest am Oberrhein, S. 113.

21  
Atomwirtschaft, Atomtechnik, atw; offizielles Fachblatt der Kerntechnischen Gesellschaft e.V. (KTG), Bd. 28 (1983), S. 493.

## Abbildungen

01:  
Arbeitskreise Umweltschutz an der Uni-  
versität Freiburg (Hrsg.): Bedrohung der  
Landwirtschaft durch das KKW Wyhl, Freiburg  
i.Br. 1976.  
WLB Stuttgart / BfZ: D 1959

02:  
Plakat: Lehrstück Wyhl. Es spricht Balthasar  
Ehret, um 1975  
WLB Stuttgart / BfZ: Sammlung Milarch

03:  
Ebert, Theodor / Sternstein, Wolfgang /  
Vogt, Roland: Ökologiebewegung und ziviler  
Widerstand. Wyhler Erfahrungen, Stuttgart:  
Umweltwissenschaftliches Institut 1978  
WLB Stuttgart / BfZ: D 1420